

## NIEDERSCHRIFT HFA/0005/2026

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 07.05.2026 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Marco Lennertz

Ausschussmitglieder:

Herr Jan-Philipp Schwaaf  
Herr Christoph Ueding  
Herr Frank Wieland  
Herr Carsten Rampe  
Herr Thomas Tauber  
Herr Robert Dürhager  
Frau Hanna Hüwe

:

Herr Frederik Salomon

Vertretung für Herrn  
Matthias Ahlers

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW:

Frau Iris Pawliczek

Entschuldigt fehlt:

Herr Niels Geuking

Von der Verwaltung:

Frau Michaela Besecke  
Frau Marion Lammers  
Herr Hubertus Messing

Schriftführer:

Herr Frederik Horn

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:44 Uhr

Der Vorsitzende Herr Marco Lennertz stellt zuerst fest, dass form- und fristgerecht zu dieser Sitzung eingeladen wurde. Seitens der Ausschussmitglieder erhebt sich kein Widerspruch.

Der Vorsitzende Herr Marco Lennertz bestellt Herrn Frederik Horn für diese Sitzung als Schriftführer. Hiergegen erheben sich keine Einwände seitens der Ausschussmitglieder.

## TAGESORDNUNG

### I. Öffentliche Sitzung

#### 1. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.02.2026**

##### **hier: Erfassung des Wohnraumbedarfes in der Stadt Billerbeck**

Der Vorsitzende Herr Lennertz erläutert, dass der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bereits im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 28.04.2028 vorberaten wurde. Er hebt hervor, dass der Austausch dort parteiübergreifend als konstruktiv empfunden wurde und der Antrag als sinnvoll erachtet werde. Allerdings sei man zu dem Schluss gekommen, dass es keine Lösungsansätze für die Umsetzung gebe. Daher habe die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag nicht zurückgezogen, sondern lediglich zurückgestellt.

Herr Dürhager ergänzt, dass man sich anschließend weitere Gedanken über mögliche Ansätze gemacht habe. Folgende Möglichkeiten werden von ihm genannt:

- Zusammenarbeit mit der FH Münster oder einem externen Dienstleister
- Anschreiben von Bürgern mithilfe des Melderegisters
- Anfragen bei lokalen Maklern oder Immobilienscouts stellen

Er bedauert zudem, dass seitens der Verwaltung keine Prüfung von neuen Lösungsmöglichkeiten erfolgt sei. Hier verweist Herr Lennertz darauf, dass aufgrund der Rückstellung des Antrags keine weiteren Schritte seitens der Verwaltung unternommen wurden.

Frau Besecke ergänzt, dass der Verwaltung derzeit selbst keine geeignete Lösung bekannt ist. Sie verweist auf die Pestel-Studie, welche durch professionelle Akteure erstellt wird und sich mit ähnlichen Themen beschäftigt. Frau Besecke betont zudem, dass selbst eine Befragung aller Billerbecker Bürger keine verlässliche Datengrundlage liefern würde, da auch das Interesse auswärtiger Personen sehr groß sei und in einer entsprechenden Abfrage nicht berücksichtigt werden könne. Der im Antrag geforderte Kenntnisstand könne daher niemals vollständig erreicht werden.

Frau Pawliczek äußert, dass der Antrag inhaltlich gut sei, die Umsetzung sich jedoch als problematisch darstelle. Als möglicher Lösungsansatz wird angeregt, über die städtische Homepage eine freiwillige Eintragungsmöglichkeit für Wohnraumsuchende zu schaffen.

Herr Wieland führt aus, dass die erhobenen Daten selbst bei einer genauen Erfassung aufgrund der ständigen Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt nur von geringer Belastbarkeit seien. In Billerbeck werde außerdem bereits viel unternommen, um die Wohnraumsituation zu entspannen (z.B. Schaffung von kleineren, bezahlbaren Wohnungen/Sozialwohnungen).

Herr Salomon ergänzt, dass die Daten eine sehr gute Qualität aufweisen

müssten, um überhaupt als Entscheidungsgrundlage für die Ausweisung von weiterem Bauland dienen zu können. Selbst in diesem Fall sei der Nutzen allerdings begrenzt, da die Stadt selbst keine Wohnungen errichte. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, inwiefern aus den gewonnenen Daten überhaupt ein Mehrwert entstehen könne.

Herr Lennertz informiert darüber, dass seit 2022 zu insgesamt 208 zusätzlichen Wohnungen in Mehrparteienwohnhäusern das gemeindliche Einvernehmen erteilt worden konnte. Wohngebäude unter drei Wohneinheiten sind in dieser Zahl nicht enthalten. Dies entspricht ca. 50 Wohnungen im Jahr.

Von diesen 208 Wohneinheiten sind 22 öffentlich geförderte Wohnungen, davon vier für Azubis. Davon konnten 18 bisher nicht umgesetzt werden, da keine öffentlichen Mittel bereitgestellt werden konnten.

Herr Dürhager möchte wissen, wie definiert werde, ob in Billerbeck ein angespannter Wohnungsmarkt vorliege und welche Kriterien hierfür herangezogen werden. Frau Besecke teilt daraufhin mit, dass die Festlegung durch das Land erfolgt und auf einer Punktbewertung basiert. In Billerbeck gilt der Wohnungsmarkt derzeit nicht als angespannt, in der Vergangenheit wurde die Stadt jedoch bereits in eine höhere Kategorie eingestuft.

Frau Hüwe schlägt vor, dass die Argumente aus dem Stadtentwicklungs- und Bauausschuss sowie aus der heutigen Sitzung gesammelt werden. Außerdem hält sie es für sinnvoll, dass neben der Anzahl von neu entstandenen Wohnungen auch die Zahl von weggefallenem Wohnraum erfasst werden sollte. Die bloße Schaffung von Wohnraum als alleinige Kennzahl reiche nicht aus, um die tatsächliche Nutzung und den Bedarf abzubilden. Auf dieser Grundlage könne man nach Zurückstellung des Antrages anschließend noch einmal in der nächsten Beratungsfolge anders in die Thematik einsteigen.

Frau Besecke entgegnet, dass die Beratungsfolge an dieser Stelle endet und der Beschlussvorschlag abgeändert werden müsste. Frau Hüwe beantragt daraufhin, dass der Antrag im Rahmen des nächsten Stadtentwicklungs- und Bauausschusses erneut thematisiert wird.

Herr Wieland bezieht sich auf den Vorschlag von Frau Hüwe und erklärt, dass es aus Sicht der CDU-Fraktion derzeit keinen Sinn ergebe, weitere Ressourcen der Verwaltung für dieses Thema zu binden. Er verweist darauf, dass die Pestel-Studie bereits eine fundierte Grundlage biete und das Thema erst neu aufgegriffen werden sollte, wenn neue Informationen hierzu vorliegen.

Herr Lennertz stimmt Herrn Wieland zu und betont noch einmal, dass die Pestel-Studie eine sinnvolle Basis darstelle und die vorgeschlagene Herangehensweise somit nicht zielführend sei.

Frau Besecke ergänzt, dass die Pestel-Studie zudem regelmäßig aktualisiert werde und im Zuge der nächsten Überarbeitung vorgestellt

werden könne.

**Beschlussvorschlag:**

Der vorliegende Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird zurück in den Stadtentwicklung- und Bauausschusses verwiesen.

<b><u>Stimmabgabe:</u></b>	<b>Ja</b>	<b>Nein</b>	<b>Enthaltungen</b>
CDU		5	
Bündnis 90/Die Grünen	2		
SPD			2
FDP		1	

Somit ist der Antrag abgelehnt.

## **2. Mitteilungen**

### **2.1. Hundebestandszählung - Frau Lammers**

Frau Lammers informiert über die geplante Hundebestandszählung. Sie erläutert, dass die letzte Zählung 2012 stattgefunden hat und die für 2021 geplante Zählung aufgrund von Corona damals zurückgenommen wurde. Bereits nach Bekanntgabe der damals geplanten Maßnahme habe sich die Zahl der Hundeanmeldungen erhöht.

Im vergangenen Jahr hat sich die Anzahl der Hundeabmeldungen allerdings erhöht, weshalb die Hundesteuer erneut unterhalb des Ansatzes liegt. Die Stadt Coesfeld führt im Gleichen Zeitraum eine Zählung durch den Gleichen Vertragspartner durch, hierdurch konnten die Kosten reduziert werden. Durchgeführt wird diese Maßnahme ab Mitte/Ende Mai und endet im Juli. Die Bevölkerung wird rechtzeitig über alle Medien über den Ablauf der Zählung informiert. Geplant ist, dass die anfallenden Kosten der Maßnahme der Zählung durch die zu erwartenden Mehreinnahmen aus der Hundesteuer gedeckt werden können.

### **2.2. Rückzahlungen Gewerbesteuer - Frau Lammers**

Frau Lammers berichtet, dass der Gewerbesteueransatz bis Mitte Februar in der Ergebnisrechnung im Plan gelegen habe, in der Finanzrechnung sogar überplanmäßig. Im März haben nun hohe Rückzahlungen stattgefunden, die auch auf Bescheide aus 2024 zurückzuführen sind. Aufgrund von Einsprüchen, die erst kürzlich beschieden worden sind, haben sich nun erhebliche Abweichungen ergeben. Bei den Erträgen sei man wegen der anfallenden Rückzahlungen nun 1,8 Millionen € und in der Finanzrechnung 1 Million € unter dem Ansatz. (Stand Mai 26)

Die Differenz ist in diesem Fall so hoch wie noch nie zuvor, was die Schwankungen bei der Gewerbesteuer noch einmal verdeutliche.

### **2.3. Maisteuerschätzung - Frau Lammers**

Frau Lammers berichtet, dass das Bundesministerium am heutigen Tage die Maisteuerschätzung bekanntgegeben hat. Die Ergebnisse seien erwartungsgemäß noch negative für die Kommunen ausgefallen, was auf die weltwirtschaftliche Lage, sowie auf Änderungen in Steuergesetzen zurückzuführen ist. Die aktuellen Schätzungen prognostizieren für den Zeitraum 2025 bis 2030 im Vergleich zur letzten Schätzung im Oktober einen Rückgang von 91,8 Milliarden € für Bund, Länder und Kommunen. Für die Kommunen bedeute dies einen Rückgang von 19,6 Milliarden €. Die Schätzungen für das Land Nordrhein-Westfalen werden im Juli oder August erwartet.

### **2.4. Zinsanpassungen - Frau Lammers**

Frau Lammers berichtet, dass die Stadt das Angebot der NRW Bank mit neuen Zinssätzen für drei Darlehen für Übergangswohnheime angenommen hat. Ursprünglich sei im Haushaltsplan eine Sondertilgung von 326.000 € für diese Darlehen vorgesehen gewesen. Das Land hat jedoch einen Zinssatz von 0 % für zehn Jahre angeboten, weshalb die Sondertilgung nicht erforderlich sei. Das Geld verbleibt nun auf dem städtischen Konto und werde stattdessen ratierlich getilgt, da der Guthaben Zinssatz für Anlagen momentan deutlich über 0% liegt und somit eine vorteilhafte Situation darstelle.

Sie äußert die Hoffnung, dass ähnliche Konditionen auch für die verbleibenden Darlehen in Höhe von 1,4 Millionen € angeboten würden, die 2028 fällig werden. Dies würde die Liquidität der Stadt Billerbeck erheblich entlasten, insbesondere im Hinblick auf die geplante Kreditaufnahme im Jahr 2029. Außerdem betont sie, dass die Maisteuerschätzung die Basis für die im Sommer beginnende Haushaltsplanung der Stadt bilde und dass die wirtschaftliche Lage weiterhin eine Herausforderung darstelle.

## **3. Anfragen**

### **3.1. Hundebestandszählung - Frau Pawliczek**

Frau Pawliczek erkundigt sich nach den Kosten, die für die Hundebestandszählung anfallen werden. Frau Lammers erklärt, dass es sich hierbei um Vertragsgrundlagen handle und sie die Zahlen im nicht-öffentlichen Teil bekanntgeben werde.

Frau Pawliczek stellt zudem eine weitere Frage hinsichtlich des Ablaufes der Erhebung und möchte wissen, ob die beauftragten Personen von Haus zu Haus gehen würden. Dies wird von Frau Lammers bejaht. Die Befragungen finden sowohl unter der Woche, als auch am Wochenende statt.

### **3.2. Schaukel Spielplatz Buschenkamp - Herr Tauber**

Herr Tauber fragt an, wann die defekte Schaukel auf dem Spielplatz repariert werde. Frau Besecke teilt mit, dass es sich bei dem Defekt um ein Konstruktionsproblem handle und der Hersteller über das Problem informiert wurde. Ein entsprechendes Bauteil wurde bereits vom Hersteller zugesandt und muss nun eingebaut werden. Sie weist darauf hin, dass die Reparatur noch einige Tage in Anspruch nehmen werde.

### **3.3. Aufgegebene Spielplatzfläche Sachsenstraße - Herr Tauber**

Herr Tauber erkundigt sich nach dem aktuellen Stand bezüglich der aufgegebenen Spielplatzfläche in der Sachsenstraße und verweist auf einen Termin, der am 10. März zwischen Verwaltung und Anwohnern stattgefunden habe. Dort seien verschiedene Möglichkeiten besprochen und erste Überlegungen angestellt worden. Er verweist darauf, dass die Einbindung der zuständigen Entscheidungsgremien in den Entscheidungsprozess angekündigt wurde und fragt, wann dies vorgesehen sei. Herr Lennertz antwortet, dass dies für die nächste Sitzung des Ausschusses für Generationen und Kultur vorgesehen ist.

### **3.4. Temporäre Fahrzeugsperren - Herr Tauber**

Herr Tauber möchte wissen, wann der Antrag der SPD Fraktion bezüglich der Anschaffung von temporären Fahrzeugsperren behandelt werde. Er berichtet, dass die Verwaltung bereits Anfang Februar über einen interkommunalen Austausch im Zuge einer Bürgermeisterkonferenz informiert habe und dieses Thema in der darauf folgenden HFA-Sitzung thematisiert werden sollte. Herr Messing erklärt, dass die Liste, welche die eingesetzten Systeme anderer Kommunen dokumentiert, noch nicht vollständig vorliege, da der Kreis weiterhin an der Zusammenstellung der Informationen arbeite. Die Handlungsfähigkeit der Verwaltung sei jedoch derzeit nicht beeinträchtigt, da eine Übergangsmöglichkeit durch die Nutzung von mobilen Fahrzeugen bestehe. Eine Einbringung in die Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss vor den Sommerferien wird zugesagt.

Marco Lennertz  
Bürgermeister

Frederik Horn  
Schriftführer